

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1912

16.2.1912 (No. 46)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 46

Freitag, den 16. Februar 1912

155. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-
anschluß Nr. 154), wofelbst auch Anzeigen
in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P,
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 65 P.
Einrückungsgebühr: die 6mal gespaltene Zeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 8. Februar 1912 gnädigst bewogen gefunden, dem Großherzoglich Luzemburgischen Hauptmann und Kompagniechef der Gendarmerie-Kompagnie R. F. Hedmann in Luxemburg das Ritterkreuz erster Klasse Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Vom Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen ist unterm 20. Januar 1912 Gerichtsassessor Dr. Friedrich Klein aus Mannheim als Rechtsanwalt beim Landgericht Mannheim mit dem Wohnsitz in Mannheim zugelassen worden.

Vom Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen ist unterm 25. Januar 1912 Gerichtsassessor Dr. Rudolf Eder aus Mannheim als Rechtsanwalt beim Landgericht Mannheim mit dem Wohnsitz in Mannheim zugelassen worden.

Die Werkmeisterprüfung betr.

Der Beginn der nächsten Werkmeisterprüfung für den Hochbautecnischen Dienst ist auf

Dienstag, den 23. April 1912

festgesetzt. Die Gesuche um Zulassung sind spätestens bis zum 21. März 1912 mit den nach § 4 Absätze 2 und 3 der landesherlichen Verordnung vom 8. Dezember 1883 (Gesetzes- und Verordnungsblatt 1884 S. 1) erforderlichen Belegen beim Bezirksamt zur weiteren Vorlage einzureichen.

Dabei wird darauf aufmerksam gemacht, daß für den Nachweis der praktischen Ausbildung der Kandidaten allgemein gehaltene Zeugnisse nicht genügen, vielmehr genau angegeben sein muß, in welcher Weise die Beschäftigung in den einzelnen Stellen erfolgte

Karlsruhe, den 9. Februar 1912.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

Weingärtner.

Nicolai.

Nicht-Amtlicher Teil.

Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Berlin, 14. Februar.

Nach Erledigung der Wahl zum Präsidenten und zum 2. Vizepräsidenten wurde ein schleuniger Antrag auf Einstellung schwebender Strafverfahren gegen die Abgeordneten Clerf (Soz.), Fischer-Sachsen (Soz.) und Feuerstein (Soz.) ohne Debatte angenommen.

Es folgt eine Interpellation der Nationalliberalen betreffend die Verhandlungen der Brüsseler Zuckerkonferenz.

Staatssekretär Wermuth: Die Lage der Verhandlungen über eine etwaige Änderung und Verlängerung der Brüsseler Zuckerkonvention gestattet nach dem internationalen Brauch nicht, die Interpellation jetzt zu beantworten. Sobald die Lage es gestattet, werde ich es nicht unterlassen, auf die Interpellation zurückzukommen und dem Herrn Präsidenten eine dahingehende Mitteilung zu machen.

Damit ist diese Interpellation für heute erledigt.

Es folgen die Interpellationen der Fortschr. Volkspartei und der Sozialdemokraten auf zeitweilige Aufhebung des Zolles auf Mais und Futtergerste und die Einpendelung des am 15. Februar eintretenden Kartoffelzolles.

Staatssekretär Wermuth: Der Herr Reichskanzler wird bereit sein, beide Interpellationen im Laufe der nächsten Woche an einem dem Herrn Präsidenten anzugehenden Tage zu beantworten. Da die Inkraftsetzung des Saisonzolles für Frühkartoffeln bevorsteht, so möchte ich hinzufügen, daß Erwägungen schweben, ob und in welcher Weise vom Bundesrat innerhalb der ihm zustehenden Befugnisse der Zoll für Einführung von

Kartoffeln vorjähriger Ernte in der Zeit bis zum 1. Mai erlassen werden kann. (Bravo).

Auch diese Interpellationen sind damit einstweilen erledigt.

Es beginnt sodann die erste Lesung des Etats.

Staatssekretär Wermuth:

Bei dem Beginn der Legislaturperiode ist es nützlich, einen Rückblick zu werfen auf den Weg, den das deutsche Finanzwesen zurückgelegt hat in der Zeit von 1872 bis 1912. Das Jahr 1872 begann mit einem Ausgabebetrag von 450 Millionen Mark, von denen auf das Heer und die Marine nur ein geringer Bruchteil entfiel. Die Einnahmen aus Steuern und Zöllen beliefen sich auf 191 Millionen Mark. Eine Anleihe hatte der Etat von 1872 nicht. Der Etat für 1912 enthält eine Gesamtausgabe von 2819 Millionen Mark. Die effektiven Anleihen belaufen sich auf 44 Millionen Mark, auf das Heer entfallen von den Ausgaben ein Drittel, auf die Marine ein Sechstel. Die Einnahmen aus Steuern und Zöllen, sowie die Überschüsse der Post- und Eisenbahnverwaltung sind gleichfalls bedeutend gestiegen.

Dieser Unterschied zwischen dem Anfang des Deutschen Reiches und dem jetzigen Standpunkt beruht zum großen Teil auf den neuen Aufgaben, die wir übernommen haben, wie der sozialpolitischen Fürsorge, der Weitung der Schutzgebiete, des Fernsprechwesens usw. An der Spitze unserer Ausgaben stehen diejenigen für unsere Wehrkraft. Daraus dem Reichshaushalt ein Vorwurf zu machen, wäre ungerichtet. Das Reich ist es den Bundesstaaten und der Bevölkerung schuldig, das Bundesgebiet und den Besitz zu schützen und deshalb die Wehrkraft auf der Höhe zu erhalten. (Bravo!) Es ist hierbei nichts verabsäumt, aber auch nichts übertrieben, und so wird es auch in Zukunft bleiben. Von der gesamten im Jahre 1909 aufgenommenen Reichsschuld entfallen nur 14 Proz. auf verbundene Ausgaben (Hör, hört!), also für Post und Eisenbahnen. Die übrigen 88 Proz. sind ein mehr oder weniger erhöhter Zuschuß des außerordentlichen an den ordentlichen Etat. 60 Proz. entfallen auf Heer und Marine, 14 Proz. auf die Expeditionen nach Ostafrika und Südwestafrika, kleinere Beträge auf die Verwaltung des Kaiser-Wilhelm-Kanals, auf die Verwaltung der Schutzgebiete und der Rest hat den Charakter als Defizitalleihe unabweisbar erkennen lassen. Die preussische Staatsschuld dagegen zeigt einen Anteil von 78 Proz. für die Eisenbahnleihe, Bayern 85 Proz., Sachsen 83 Proz., Württemberg 96 Proz., Baden 100 Proz., Hessen 82 Proz., Mecklenburg 69 Proz. und Oldenburg 88 Proz. Anfang 1910 betragen die Gesamtschulden für das Reichsgebiet 19,3 Milliarden Mark, davon für verbundene Anlagen 7 bis 8 Milliarden und davon entfallen auf das Reich 1 1/2 Milliarden.

Diese Entwicklung mußte zu Schwierigkeiten führen und nicht ungefragt verleiht man die Gesetze der Volkswirtschaft. (Sehr richtig!) Die militärischen Ausgaben sind die wichtigsten für das Reich, aber man darf nicht bloß die Ausgaben in Rechnung stellen, vor der Deckung aber die Augen schließen, in der Hoffnung, daß die Zukunft das Versäumte nachholen wird. (Lebhaftes sehr gut.) Auch für unsere Nachkommen wird es gelten, daß gesunde Finanzen ein Teil der Wehrhaftigkeit sind. Um die Einnahmen zu erhöhen, mußten in rascher Folge neue Steuerquellen gesucht werden, nicht ohne schwere politische Erörterung. Wenn auch nicht mit einem Ausmaß Besserung geschaffen werden kann, so ist doch beruhigend, daß die Anleihe diesmal nur 12 Millionen mehr beträgt als der Betrag der verbundenen Ausgaben. Die Vereinigung des außerordentlichen Etats ist zurzeit noch nicht vollendet. Die Sanierungsarbeiten müssen fortgesetzt werden und dabei sind die Überschüsse von außerordentlicher Wichtigkeit. Die Entwicklung des Finanzwesens seit Bestehen des Reiches führte mit Sicherheit dazu, daß bestimmt bemessene Matrifularbeiträge festgesetzt wurden und daraus entstand dann das System der gestundeten Matrifularbeiträge. (Heiterkeit.) Große Experimente können wir auf diesem Gebiete nicht mehr machen. Die Matrifularbeiträge sind nach wie vor ein wünschenswertes und unentbehrliches Bindeglied zwischen Reich und Bundesstaaten, aber als der wesentliche Bestandteil der Reichseinnahmen können sie nicht mehr werden, weil die Leistungsfähigkeit der Bundesstaaten keineswegs eine unbegrenzte ist. In den 80er Jahren hatten wir Fehlbeträge von geringer Höhe, von 1890 ab Überschüsse bis 1900 und von da ab bis 1909 bedeutende Fehlbeträge. Das Jahr 1910 brachte einen Überschuß infolge der günstigen Wirtschaftslage und der vorsichtigen Aufstellung des Etats. Das Jahr 1911 zeigt auch in verschiedenen Punkten einen günstigen Abschluß, doch dürfte diese Zunahme auf den neuen Etat nicht in Ansatz gebracht werden.

Einen großen Anteil hieran nahmen die Zölle und Steuern, die 1909 neu eingeführt bzw. umgeändert worden sind. Sie bringen gegen 1910 ein Mehr von 64 Millionen Mark. (Hör, hört!) Die sonstigen Einnahmen entwickelten sich normal. Ich möchte nur dringend raten, nicht wieder zu dem alten System zurückzukehren. Eine bessere Ausstattung der Armee durch Luftfahrzeuge hat sich als dringend notwendig erwiesen. Es werden deshalb über die im Etat enthaltenen Sätze gegen 2 Millionen Mark mehr im außerordentlichen Etat erbeten werden und Ihre Zustimmung hierzu wird auf dem vorgeschriebenen Wege eingeholt werden. Die Kolonien zeigen eine gute Entwicklung ihrer Bilanz, nur in Südwestafrika zeigen sich vermehrte Schwierigkeiten infolge der Fragen auf dem Diamantenmarkt. Ostafrika dagegen hat besonders erfreuliche Fortschritte aufzuweisen, so daß die Bürgerlichkeitszahlungen für die Zentralbahn von dem Etat des Reiches auf den der Schutzgebiete übertragen werden können. Die Kosten für das jüngst ermordete Gebiet Neukamerun lassen sich auch jetzt noch nicht mit Bestimmtheit übersehen. Die übrigen Einnahmen zeigen einen durchaus normalen Fortschritt. Im auswärtigen Amt

(Mit einer Landtagsbeilage.)

wird der Schuldsatz auf 1 Million Mark erhöht im Reichsamt des Innern der Kleinwohnungsfond von 2 auf 4 Millionen Mark. Eine Mehrausgabe tritt in den Pensions- und Veteranenbeihilfen und Familienunterstützungen infolge von Friedensübungen ein. Auch diese Ausgaben werden reichlich ausgeglichen durch die Ersparnisse an Schuldzinsen. Der Etat von 1912 beruht auf dem gleichen Grundsatze wie seine beiden letzten Vorgänger. Er entlastet den außerordentlichen Etat um 80 Millionen und vermindert die Anleihen um 58 Millionen. Den jetzt beschrittenen Weg der Finanzgebarung darf man nicht verlassen und in den alten Fesseln fallen, die Deckung der Voraussetzungen und einem späteren Stadium überlassen. Auch davon kann keine Rede sein, daß wir bereits wieder in Gold schwimmen, das ist uns ganz unmöglich, denn wir befinden uns auf dem harten Boden realer Tat- und Geldsachen, auf dem steinigten und dornigen Weg, die jede Finanzverwaltung, besonders die des Reiches, zurückzulegen hat. (Zuruf: Auf diesem Wege sind wir ein gutes Stück vorwärts gekommen.)

Wir haben die außerordentliche Überlastung unserer Schatzanweisungsfonds beseitigt, dessen Herabsetzung wir vorschlagen können und bestreiten die laufenden Ausgaben mit laufenden Mitteln. Wir haben uns an einer kürzlichen Ausgabe preussischer Staatsanleihen mit 80 Millionen beteiligt. Das sind Lebensversicherungen, zu denen jede Finanzverwaltung verpflichtet ist, welche die Finanzen auf der Höhe und sich für schwierige Zeitalter leistungsfähig erhalten will. Sie zeigen, daß unsere finanziellen Grundlagen sich wieder zu regen beginnen. Sollen uns diese Erfolge aber erhalten bleiben, so müssen wir die Mittel weiter anwenden, mit denen wir so weit gekommen sind. Das Motto: Keine Ausgabe ohne Deckung, das heißt, ohne Gelddeckung, darf nicht verworfen werden in: Keine Ausgabe ohne Papier, ohne Briefdeckung. Wenn das Wohl des Vaterlandes ein Opfer erheischt, so muß es gebracht werden. Die Finanzen sind auch ein Teil der Wehrhaftigkeit des Reiches. Auch je mehr gut fundiert sein und tabellos im In- und Auslande dastehen und dürfen nicht für morsch und gebrechlich betrachtet und verworfen werden. Wenn Sie das beschaffen, so werden Sie Vertrauen verdienen und wird Ihnen dies zu teil, dann dienen Sie dem Ansehen Deutschlands und damit einer gedeihlichen Entwicklung unseres gesamten Staatswesens. (Lebhafter Beifall.)

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Schluß nach 5 Uhr.

* Die Eröffnung des englischen Parlaments.

London, 14. Febr. Der König begab sich mit der Königin in feierlichem Aufzuge nach dem Parlamentsgebäude. Fünf Galaequipagen mit hohen Staatsbeamten fuhren dem königlichen, mit sechs tabellenfarbenen Pferden bespannten Wagen, voraus. Nachdem der König und die Königin auf der Estrade der Sitzungshalle des Oberhauses Platz genommen hatten, verlas der König die Thronrede, in der es heißt:

Unsere Beziehungen mit den fremden Mächten sind andauernd freundlich. Der Kriegszustand zwischen Italien und der Türkei dauert bedauerlicherweise fort. Meine Regierung ist bereit, sobald sich eine günstige Gelegenheit darbietet, sich mit den anderen Mächten an jeder Vermittelung zu beteiligen, die dazu beitragen könnte, die Feindseligkeiten zu beenden. Die Lage in Persien fährt fort, ernste Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen. Meine Minister, die in ständiger Verbindung mit der russischen Regierung sind, erwägen, welche Mittel am besten die persische Regierung instand setzen könnten, die Ordnung und Ruhe in Persien wiederherzustellen. Dem Parlament werden baldmöglichst die auf die persischen Angelegenheiten bezüglichen Dokumente vorgelegt. Ich hege die Zuversicht, daß die Krisis in China durch die Einführung einer dauernden Regierungsreform, die den Ansichten des chinesischen Volkes entspricht, bald in befriedigender Weise beendet wird. Dem Parlament werden auf China bezügliche Schriftstücke zugehen. Der König kündigte ferner an, daß im Haag ein Abkommen über die Regulierung des Opiumhandels und ähnlicher Erzeugnisse abgeschlossen wurde.

Der König berührte sodann den Krönungsburbar in Delhi, der einen überwältigenden Beweis der Ergebenheit und Loyalität der Fürsten, Edlen und Völker Indiens gegeben habe. Der König betrachtete mit schmerzlicher Sorge die in Aussicht stehenden Streitigkeiten zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern, hegt jedoch die feste Zuversicht, daß eine vernünftige Auffassung auf beiden Seiten vorwalten und eine Entwicklung hintanhaltend werde, die den Handel des Landes und die Wohlfahrt des Volkes ernstlich berühren würde.

In der Thronrede werden ferner einige Gesetzesvorlagen angekündigt, darunter Maßnahmen für eine bessere Verwaltung in Irland; ferner Gesetzeswürfe über

die Entstaatlichung der Kirche in Wales, die Abänderung des Wahlrechts, Verbesserung des Gesetzes über die britische Staatsangehörigkeit gemäß den Empfehlungen der Reichskonferenz und gewisse soziale und industrielle Reformen.

In der Rede des Königs wandte sich Bonar Law, der von einer Besprechung der eigentlichen Änderungen in der Verwaltung Indiens absehen will, den auswärtigen Angelegenheiten zu und sagte, nachdem er auf die Vorfälle in China und Persien Bezug genommen hatte, daß in der Rede des Königs ein Zweig der englischen auswärtigen Angelegenheiten nicht erwähnt sei, der die Beziehungen zu einer anderen Macht betrifft und die Engländer lebhafter als die persische Frage berührt. Unsere Diplomatie, fuhr Bonar Law fort, hat sich in der letzten Zeit in einer Weise betätigt, wie es bisher nicht vorgekommen ist. Lord Haldane hat in irgend einer geheimnisvollen Mission in Berlin zu tun gehabt. Ich hätte geglaubt, daß wir genug gehabt hätten von der Amateurdiplomatie im letzten Sommer. Ich selbst glaube nicht daran. Wenn es notwendig war, daß irgend ein Minister nach Berlin ging, würde meiner Ansicht nach der Staatssekretär des Auswärtigen der geeignete Minister gewesen sein. Wie ich sehe, ist angegeben worden, daß Haldane den Vorzug besitze, daß er deutsch spricht. Aber das ist eine nicht ungewöhnliche Kenntnis. Ich nehme an, daß auch unser Botschafter in Berlin deutsch spricht, und daß dieser Grund also keine ausreichende Erklärung ist. Diese jüngste diplomatische Leistung scheint mir von einer außergewöhnlichen Art zu sein. Haldane ging nach Berlin vermutlich mit dem Gedanken an eine bessere Verständigung mit Deutschland. Dennoch hielt gleichzeitig Churchill seine Rede, die mir nicht darauf gerichtet zu sein schien, Haldane den Weg zu ebnet. Was diese Rede selbst anbetrifft, so freue ich mich sagen zu können, daß ich nicht nur mit ihrem Geist, sondern mit jedem Wort einverstanden bin (Beifall bei der Opposition).

Wenn das der Geist und der Weg ist, in dem Churchill unsere Flottenpolitik auszuführen beabsichtigt, so kann er sich auf die unbedingte Unterstützung jedes Unionisten verlassen. Niemand ist mehr für ein gutes Einvernehmen mit Deutschland besorgt, als ich, und niemand würde mit größerem Entzücken einen Krieg zwischen Deutschland und England sehen, als ich. Ich freue mich, noch einmal diese Gelegenheit zu haben, das zu sagen. Churchill ist kritisiert worden, weil er gesagt hat, Deutschlands Flotte sei ein Luxus für Deutschland, unsere Flotte sei eine Notwendigkeit für uns. Diese Worte sind wahr. Sie sind nur eine Rechtfertigung für unsere Entschlossenheit, eine solche Flotte zu unterhalten, wie wir sie zu unterhalten beabsichtigen. Die Stellung der beiden Nationen ist nicht dieselbe. Vorausgesetzt, daß wir in einen Krieg mit Deutschland verwickelt werden, was, wie ich hoffe und glaube, nie geschehen wird, mögen wir wohl imstande sein, die deutsche Flotte zu zerstören, aber wir würden niemals in das Herz Deutschlands gelangen können. Wenn wir aber den Fall sehen, daß die deutsche Flotte die Herrschaft im Kanal zwei oder drei Wochen oder kürzere Zeit behält, so würde die deutsche Armee, mit der wir in keinen Wettbewerb treten können, uns vollständig niederschlagen. Jeder im Hause stimmt dem zu, daß eine überlegene Flotte für uns unbedingt notwendig ist und, mag es kosten, was es wolle, erhalten werden wird. Ich hoffe aufrichtig, daß, während ich dieses sage, das gute Einvernehmen erreicht sein möge. Wenn wir klar machen, daß wir in dieser Weise zu handeln im Begriffe sind, so wird es auch klar sein, daß eine Steigerung der Rüstungen die Lage nicht verändert und eine reine Geldverschwendung ist. Er billigte die Worte von Sir Frank Lascelles über die für ein gutes Einvernehmen notwendige Geduld und hoffe, daß die Regierung diese Eigenschaft bei dieser Gelegenheit zeigen werde.

Nunmehr ergriff Premierminister Asquith das Wort: Er gab im Laufe seiner Rede eine bedeutsame Erklärung über die deutsch-englischen Beziehungen ab. Er bezog sich auf einen Zwischenruf, den ein Mitglied der unionistischen Partei während der Rede Law's gemacht hatte, daß nämlich Haldane auf seiner Mission in bengalischem Lichte nach Berlin gegangen sei. Asquith fuhr fort: Der allgemeine Vorwurf gegen uns, besonders gegen den Staatssekretär des Auswärtigen, ist der, daß Geheimströmerei und unterirdische Politik getrieben worden sei. Die englische Regierung nehme, so erklärt Asquith demgegenüber, ihre diplomatischen Schritte geradezu in bengalischem Lichte vor. (Heiterkeit.) Aber das ist, so führte er weiter aus, eine sehr ernste Angelegenheit. Ich möchte mit Bezug auf sie eine ernste Sprache gebrauchen, aber auch, ich freue mich, das sagen zu können, eine hoffnungsvolle Sprache. (Beifall.) Es ist eine unbegreifliche, höchst beklagenswerte Erscheinung, daß die traditionellen Gefühle der Freundschaft und des guten Willens zwischen Deutschland und unserem Lande während der letzten Monate ernstlich getrübt wurden. Wenn eine Atmosphäre des Argwohns geschaffen wird, nimmt die Fiktion den Platz der Tatsache ein, und Legenden, die sonst als unglaubhaft verworfen würden, werden leicht angenommen und in weiten Kreisen geglaubt. Uns wird z. B. erzählt, daß es in Deutschland viele Leute gibt, die fest glauben, daß wir einmal oder einige Male im Sommer oder im Herbst des letzten Jahres einen Angriff auf ihre Lande in Erwägung zogen und sogar vorbereiteten, und daß die Bewegung unserer Flotten mit Rücksicht hierauf sorgfältig berechnet waren. Ich schäme mich fast, einer so wilden und ausschweifenden Einbildungskraft zu wi-

dersprechen. (Beifall.) Die ganze Erzählung ist eine reine Erfindung. (Beifall.) Es gibt, ich brauche es in diesem Hause kaum zu versichern, nicht einen Schatten einer Begründung dafür. Ebenso lag nirgends und zu keiner Zeit irgend ein aggressiver oder provokatorischer Charakter in den Bewegungen unserer Schiffe.

Aber schon die Tatsache, daß derartige Gerüchte Glauben finden konnten, nicht bei der deutschen Regierung, aber bei einer großen Zahl von intelligenten Leuten in Deutschland, ist sicherlich an und für sich ein bezeichnendes und höchst bedauerliches Symptom. Beide Regierungen waren und sind von dem aufrichtigen Wunsche befeelt, eine bessere Verständigung herbeizuführen, und im letzten Monat hatten wir Anzeichen dafür, daß der Besuch eines britischen Ministers in Berlin nicht unwillkommen sein würde (Beifall bei den Ministeriellen) und die Erreichung dieses gemeinsamen Zweckes erleichtern würde. Lord Haldane würde auf jeden Fall früher oder später in der mit der Londoner Universitätskommission verknüpften Angelegenheit nach Berlin gegangen sein. Unter diesen Umständen hielten wir es für gut — und ich glaube, daß niemand sagen wird, wir wären schlecht beraten gewesen, daß Haldane seinen Besuch beschleunige und ihn dazu benutze, in freundschaftlichen und vertraulichen Mitteilungen mit denen Zuhörung zu nehmen, die verantwortlich sind für die Leitung der deutschen Politik. Dies schloß, ich gebe es zu, auf beiden Seiten eine Abweichung von den hergebrachten Methoden mit ein, aber auf beiden Seiten fühlte man, daß Freimütigkeit in der Erklärung und Mitteilung im ersten Augenblick leichter fallen würde, wenn sie eine Frage nicht formaler und nicht bindender Unterhandlungen werde, als auf der Grundlage dessen, was ich voll dress der diplomatischen Verhandlungen nennen möchte. Diese Unterhandlungen sind vollständig zustande gekommen. (Erneuter Beifall.) Es herrschte vollkommene Erklärungsfreiheit und die Möglichkeit vollkommen freimütiger Auseinandersetzungen über ein weites Diskussionsgebiet.

Deutsches Reich.

Keine Dreikaiserzusammenkunft.

J. Berlin, 14. Febr. Eine Petersburger Meldung verzeichnet das Gerücht, daß eine Dreikaiserzusammenkunft auf deutschem Boden geplant sei. Es wird darauf hingewiesen, die Zarenfamilie werde im laufenden Jahre auf ihrem Wege nach Darmstadt Kaiser Franz Joseph aufsuchen und dieser werde dann auf Schloß Friedberg in Hessen seinen Gegenbesuch zu einer Zeit machen, wo Kaiser Wilhelm ebenfalls anwesend sei. Das Gerücht verdient keinen Glauben. An unterrichteter Stelle ist von einem solchen Plane nichts bekannt.

* Von der Tagung des Landwirtschaftsrates.

Bei dem Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrates im Hotel Abon hielt, nachdem die Vorsitzenden Graf von Schwerin-Rönig und von Cetto gesprochen hatten, der Staatssekretär des Innern eine Rede, in der er zunächst dem Bedauern des Reichskanzlers Ausdruck gab, in letzter Stunde am Erscheinen verhindert zu sein. Sodann führt er u. a. aus: Wir wissen die Bedeutung eines vermehrten häuslichen Besitzes zu würdigen. Die Landwirtschaft hat teilgenommen an dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung, der in erster Linie nur möglich war durch den Schutz eines geeinten Deutschen Reiches. Wer diesen Aufschwung zu erhalten befehrt ist, wird nie vergessen, daß die letzten Wurzeln im Vaterlande liegen, in der Einheit und Größe des Reiches. Der Staatssekretär wies dann die Auffassung zurück, als ob der Zolltarif das Ergebnis des Egoismus einzelner Erwerbsgruppen gewesen sei. Er erinnerte daran, daß dieser Zolltarif geschaffen sei durch diejenigen Parteien, die bisher die Träger des Reichsgedankens waren. Was uns trennt, ist nicht die Scheidung zwischen dem festeingesetzten bäuerlichen Besitz und dem heimatlosen Industriearbeiter. Diesseits der Auster stehen alle und sollten alle diejenigen stehen, deren Überzeugung und Streben wurzeln in den Traditionen des Deutschen Reiches und der deutschen Monarchie, wie sie sich uns verkörpern in der Friedrizianischen Zeit. Wenn es uns gelingt, auf dieser Basis zu sammeln, dann werden wir auch über andere Schwierigkeiten hinwegkommen. Dann wird es gelingen, denen, die jetzt abseits stehen, die Überzeugung beizubringen, daß kein Volk auf materieller Grundlage blühen kann, sondern daß die sittlichen Werte es sind, die der Familie und dem Staat die Konsistenz verleihen. Redner schloß mit einem Hoch auf die deutsche Landwirtschaft.

Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat an den Reichskanzler ein Telegramm gerichtet, in dem er lebhaft bedauert, den Reichskanzler nicht begrüßen zu können und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß es dem Reichskanzler gelingen möge, das deutsche Volk aus diesen wirreollen Tagen zu heben. — In seinem Antworttelegramm bedauert der Reichskanzler, daß er dem Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrates fernbleiben müsse. Er hofft, daß es gelingen wird, die Unkrautsaat der Zwietracht zu ersticken durch die Frucht der Einigkeit und Treue.

* Übersicht.

Wie der Korrespondenz Hofmann vom bayerischen Kriegsministerium mitgeteilt wird, hat der Prinzge-

gent das Rücktrittsgesuch des Kriegsministers Grafen Horn genehmigt.

Die „Nordd. Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der bayerische Ministerpräsident Frhr. v. Hertling stattete gestern nachmittag dem Reichskanzler einen Besuch ab.

In der Presse erscheint neuerdings wiederum die mehrfach verbreitete Nachricht, daß dem Reichstag demnächst der Entwurf eines Petroleummonopols zugehen solle. Nach einer Mitteilung des Wolffschen Bureaus beruht dies auf durchaus unzutreffenden Kombinationen.

Ausland.

* Dänemarks Auslandspolitik und Stellung zu Deutschland.

Kopenhagen, 15. Febr. Im Folkething richteten gestern die Rechtsparteien an den Minister des Äußern eine Anfrage über die auswärtige Politik der Regierung.

Der Minister erwiderte, daß die Regierung gerne die Gelegenheit benutze, über die auswärtige Politik sich auszusprechen, und er führte dann u. a. weiter aus: Es herrscht in Dänemark volle Einigkeit darüber, daß es das Ziel der dänischen auswärtigen Politik sein muß, bei Unstimmigkeiten mit anderen Staaten, die nicht auf diplomatischem Wege gelöst werden können, die Entscheidung durch ein Schiedsgericht herbeizuführen, bei Konflikten anderer Staaten untereinander jedoch absolute Neutralität zu wahren.

Der Minister wies darauf hin, daß die Regierung nicht allein die Schwierigkeiten für ein freundschaftliches Verhältnis zu allen auswärtigen Mächten beseitigen könne, sondern daß auch die öffentliche Meinung und die Presse in demselben Sinne wirken müßten. Deutschland gegenüber brachten die historisch gegebenen Verhältnisse an der südlichen Grenze es mit sich, daß die natürliche Sympathie, die bei allen Dänen gegenüber den 1864 von uns getrennten dänisch sprechenden Nordschleswigern sich findet, oftmals so zum Ausdruck gelangt, daß sie mißdeutet werden kann. Die jetzige Regierung ist aber ebenso wie die früheren Regierungen bestrebt, durch freundschaftliche Erörterung mit der deutschen Regierung auf diesem Gebiete zu einer vollen Verständigung zu gelangen. Bei diesen Erörterungen sowohl wie bei allen hierher gehörenden Erwägungen und Verhandlungen haben zwei Tatsachen für die Regierung bestimmend sein müssen. Erstens, daß der vertragsmäßig bestehende Zustand vollaus respektiert werden muß. Zweitens, daß die Erhaltung der dänischen Sprache und Kultur bei den Dänen im Auslande weiten Kreisen unseres Volkes sehr am Herzen liegt. In bezug auf solche Tätigkeit zur Erhaltung völkischer Kultur bei Stammesverwandten, welche fremde Staatsbürger in Grenzländern sind, herrschen bei beiden Völkern faktisch verschiedene Auffassungen. Auf der einen Seite hat es desl. lb die Aufgabe der Regierung sein müssen, klarzulegen, daß die Privatinitiative zur Erhaltung der dänischen Sprache und Kultur bei den Dänen in Nordschleswig innerhalb des Rahmens der dänischen Gesetzgebung und in Übereinstimmung mit unseren liberalen Traditionen erfolgt. Es ist aber zugleich unsere Aufgabe gewesen, dazu beizutragen, daß diese Tätigkeit in einer solchen Weise entfaltet wird, daß sie keinen berechtigten Anlaß zu Mißdeutungen gibt und sich von jeder Einmischung in die politischen und staatsrechtlichen Verhältnisse unseres Nachbarstaates fernhält. In dieser Beziehung handelte die Regierung nicht nur unter Rücksichtnahme darauf, was zwischen freundschaftlich gesinnten Nachbarstaaten allgemein Brauch ist, sondern zugleich unter Berücksichtigung der Konvention vom 11. Januar 1907. Der Minister bedauert, daß man diese Neutralitätspolitik der Regierung im Lande vielfach angegriffen und als Furcht vor PreSSIONEN hinstellte, sowie daß die beteiligten Kreise nicht Aufklärung an kompetenter Stelle holten, bevor sie irreführende Behauptungen verbreiteten.

Eingehend legte der Minister dar, weshalb die Regierung den viel besprochenen Artikel des Generaldirektors Rubin in den Preussischen Jahrbüchern über Deutschland, Nordschleswig und Dänemark für wünschenswert hält und die Hauptpunkte des Artikels in der Erklärung vom August 1911 ausdrücklich billigte. Bekanntlich wird in gewissen Kreisen Deutschlands eine gegen Dänemark gerichtete Agitation betrieben, die sich auf ganz unrichtige Darstellungen der Absichten und der Handlungen der dänischen Regierung und des dänischen Volkes Deutschland gegenüber stützt. Es liegt in hohem Grade in unserem Interesse, diese Angriffe nach Möglichkeit zu bekämpfen. Deshalb konnte das Ministerium des Äußern die Veröffentlichung der Abhandlung des Generaldirektors Rubin nur wünschenswert finden und es mußte später diese Erklärung abgeben, weil fälschlich behauptet wurde, die dänische Regierung könne die Hauptgesichtspunkte des Artikels nicht teilen. Es wäre schädlich gewesen, wenn über den Standpunkt der Regierung irgend ein Zweifel bestand.

Auslandsübersicht.

Paris, 15. Febr. Übereinstimmend mit Madrider Meldungen gibt man sich keinem Zweifel hin, daß die französisch-spanischen Verhandlungen auch weiterhin einen sehr schleppenden Verlauf nehmen werden. Die spanische Regierung weigert sich nicht nur, die Vermittlungsvorschläge Englands anzunehmen betreffend die Zoll- und Schuldenverwaltung, sie steht auch dem den Eigen-

bahnbau Langer-Bez betreffenden französischen Vorschlag ablehnend gegenüber.

Lissabon, 15. Febr. Der Senat nahm den Besetzungswurf an, der die Aufhebung der konstitutionellen Garantien rückgängig macht. Das Gesetz wird heute veröffentlicht.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 15. Februar.

Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute vormittag die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb und des Ministers Dr. Freiherrn von Bodman entgegen.

Nachmittags folgte der Vortrag des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo.

Der neu zusammenge setzte Eisenbahnrat wird auf 9. März d. F. zu seiner ersten Sitzung einberufen werden. Den Hauptgegenstand der Beratung wird der Fahrplänenentwurf für 1912/13 bilden.

Mannheim, 14. Febr. In der gestern abgehaltenen Sitzung des Bürgerausschusses der Gemeinde Seddenheim, die unter dem Vorsitz des Geheimen Legationsrats Dr. Clemm als Vertreter der Großh. badischen Regierung stattfand, wurde die Vorlage betr. Abtrennung des Industrieortes Rheinau von der Muttergemeinde Seddenheim und Einverleibung in Mannheim mit 49 gegen 33 Stimmen abgelehnt. Der Vertreter der Regierung teilte mit, die Einverleibung der Rheinau nach Mannheim werde nunmehr durch gesetzlichen Zwang erfolgen; dem Landtage werde noch in diesem Jahre ein diesbezüglicher Besetzungswurf zugehen.

Von der Lauer, 15. Febr. In diesem Jahre begehnen die Gesangvereine Merchingen, Königshofen und Hochhausen a. d. T. ihr 50jähriges Jubiläum.

Untergrombach (M. Bruchsal), 15. Febr. Der Bezirksrat hat in seiner letzten Sitzung die Gemeinderatswahl im hiesigen Ort, bei welcher seinerzeit 6 Zentrumsanhänger zu Gemeinderäten gewählt worden waren, wegen grober Verstöße gegen die Wahlordnung einstimmig fassiert. Die Wahl war von sozialdemokratischer Seite angefochten worden.

Steinbach b. Rahr, 15. Febr. Die im Grünen Baum wohnhafte 78jährige Frau Hsemann wurde gestern früh völlig verbrannt in ihrem Zimmer aufgefunden. Die Verunglückte hatte die Genußmittel, bei offenem Licht zu schlafen und hierbei wohl das Licht umgestoßen, welches das Bett in Flammen setzte und der Frau einen schrecklichen Tod bereitete.

Triberg, 15. Febr. Bei der Bürgerauswahl der 3. Wählerklasse wurden 8 Sozialdemokraten, 8 Zentrumsleute und 4 Fortschrittler gewählt. Bisher war die 3. Klasse durch 14 Zentrumsleute und 6 Sozialdemokraten vertreten.

Singen a. S., 15. Febr. Der Bürgerausschuß genehmigte einstimmig für die Ströbahn den Beitrag von 10 000 M. zu den Geländeentwerfungsarbeiten, sowie die verlangte Zinsgarantie. Außerdem wurden vom Bürgerausschuß 55 200 M. zur Erweiterung der Kanalisationsanschlüsse bewilligt.

Bad. Rheinfelden, 14. Febr. Im Fieberwahn sprang gestern mittag Architekt und Bezirksbaukontrolleur Schöninger aus dem Fenster einer Villa und blieb tot auf dem Pflaster liegen. Die Tat geschah in dem Augenblick, als die den Kranken pflegende Schwester sich entfernte hatte, um Wasser zu holen. — In der chemischen Fabrik Natrum wurde ein Italiener von einer Transmissionskraft und mehrere Male herumgeschleudert. Dem Verunglückten wurden beide Arme und ein Bein gebrochen, anscheinend erlitt er auch innere Verletzungen.

Aus der Residenz.

F. Nationale Jugendvorträge. Die Jugend ist die künftige Generation, welche auf die Aussicht der gegenwärtigen angewiesen ist. Sie ist die sich erneuernde Hoffnung und Kraft des Staates. Kein Geringerer als Friedrich der Große hat dieses Wort gesprochen. Und die geistige Veranstaltung der Ortsgruppe des Deutschen Schmarckenvereins, die dem Andenken des großen Fürsten zur 200. Weibekette seines Geburtsstages galt, bewies auch bei uns das Streben, dieses Fürstentum und die daraus erwachsende Pflicht der jetzigen Generation zu erkennen und zu erfüllen. Dies zeigte die große Teilnahme der Freunde der Jugend. An der Spitze Großherzog Friedrich und Großherzogin Luise, die mit Gefolge erschienen waren und ihr lebhaftes Interesse bekundeten. Auch Staatsminister v. Dusch, der preussische Gesandte v. Eisenbecher, verschiedene hohe Offiziere und Staatsbeamte waren anwesend. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, Geh. Regierungsrat Mathy, eröffnete die Veranstaltung mit einem tiefempfundenen, warmen Nachruf an den kürzlich verstorbenen Geh. Hofrat Dr. Eser, dessen letzte Tat den Jugendbestrebungen gewidmet war. Zum ehrenden Andenken an den Verstorbenen erhoben sich die Anwesenden von den Sesseln. Alsdann wies der Vorsitzende auf eine erfreuliche Neugründung hin, die ein einziges Band um die Jugend aller Stände schließen will — den Jungdeutschenbund Baden. Der Bund — unter dem Protektorate des Prinzen Max — erstrebt die erhöhte Fürsorge für die schulentlassene Jugend durch Weiterbildung in deutschem Geiste. Dazu gehört die Weckung der Vaterlandsliebe und der Freude am Reich. Sie wird genährt durch den Hinweis auf die Geschichte des Reichs. Und seine Gründung steht im innigen Zusammenhang mit den Werken des alten Freis. Seine Taten, dann die Befreiungskriege und endlich der Einigungskrieg 1870 bilden ein Ganzes. Denn Friedrich der Große hat durch die Vereinigung der preussischen Lande und die Gründung des deutschen Fürstentums den Einigungsbestrebungen Deutschlands vorgearbeitet. Nun gilt es zu erhalten, was errungen ist. Deshalb geht die dringende Mahnung des Vaterlandsfreundes an die Jugend, nach dem Maß der Kräfte stets dem Vaterland zu dienen im Frieden wie im Kampfe. Das Vorstandsmitglied Major a. D. Krefmann hatte auf

Grund eingehender Studien und reifer Lebensanschauung ein Lebensbild des großen Königs verfaßt, das den Anwesenden ausgehändigt wurde. Die vaterländische Stimmung, die die Ansprache des Vorsitzenden hervorgerufen, wurde durch die wirkungsvollen Vorträge des Lehrereinanderchors II unter der bewährten Leitung des Musikinspektors Breich weiter zum Ausdruck gebracht. Alsdann sprach Oberstleutnant a. D. Deutsch über seine Kriegserlebnisse 1870/71. An der Begeisterung, mit der die Väter in den Kampf zogen, soll sich die Vaterlandsliebe bei der Jugend entzünden und ihr Pflichtgefühl wecken — das war der Zweck seiner Schilderungen. Nach einem Rückblick auf die Verhältnisse in Baden beim Regierungsantritt des verstorbenen Großherzogs (1852) und die unter seiner Mitarbeit bis 1870 geschaffenen Vorarbeiten an dem Einigungskrieg zeigte der Redner, wie bei Ausbruch des Krieges die kriegerische Ausbildung der badischen Division vollendet war. Die eigenen Erlebnisse des Redners, der als Offizier des 4. badischen Infanterieregiments den Feldzug mitmachte, gaben den Zuhörern ein anschauliches Bild von der Stimmung und den Erfolgen der badischen Truppen. Nach humoristischen Szenen, aber auch manchen tragischen Geschehnissen führte er vor Augen. Auch seine Familie traf schweres Leid. Während er selbst an der Bisaine schwer verwundet und zu seiner Mutter nach Karlsruhe verbracht wurde, starb sein Bruder bei Dijon an den Folgen einer Verwundung den Soldaten. Durch die ganze Schilderung des Feldzugs von Raistatt bis Straßburg, Dijon, Belfort, Montbeliard, die über den Rahmen der Erzählung persönlicher Erlebnisse hinausging und ein Stück Geschichte der Teilnahme der badischen Truppen gab, sang die Dankbarkeit und Freude, jene große Zeit miterlebt und dafür gekämpft zu haben. Mit einer patriotischen Mahnung an die Jugend schloß der Redner seinen Vortrag, den Jung und Alt mit begeistertem Beifall aufnahm. Der Vortrag eines Gedichtes und des Männerchors „Landeserkenntnis“ beschloß stimmungsvoll die in ihrer Schlichtheit sadende Gedenkstunde. Die hohen Herrschaften unterhielten sich nach Schluß der Veranstaltung mit dem Vorstand und den Mitwirkenden.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Revolutionäre Kämpfe und konstitutionelle Reformbestrebungen in China.

Peking, 14. Febr. Sunyatsen hat an Yuanzhikai ein Telegramm folgenden Wortlautes gerichtet: „Ich habe von dem Edikt und von Ihrem Brief, in dem Sie sich als Anhänger der geeinigten Republik bezeichnen, Kenntnis genommen und mich über beides sehr gefreut. Indes ist die geeinigte Republik außerstande, die Ernennung eines Organisations der Republik durch einen Kaiser der Schingdynastie anzuerkennen. Wenn man sich auf diese Punkte beziehen will, so können sich ernste Folgen daraus ergeben. Ich bitte Sie, sofort nach Nanjing zu kommen, um die Hoffnungen des Volkes zu erfüllen. Wenn Ihre Anwesenheit im Norden zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Leitung der Verwaltung notwendig sein sollte, ernennen Sie einen Vertreter mit unbeschränkter Vollmacht und warten Sie alsdann die Entscheidung der Nationalversammlung ab.“ Nach Empfang dieses Telegramms hat Yuanzhikai Tangshaoyi telegraphisch angewiesen, mit den Republikanern im Süden über die noch schließlichen Punkte zu verhandeln.

London, 15. Febr. Die „Times“ melden aus Peking vom 14. d. M.: Die Gesandten sind heute von dem Minister des Äußeren der Nanjing Regierung aufgefordert worden, die Republik in Sidschina anzuerkennen.

Die „Times“ melden aus Nanjing vom 14. d. M.: Präsident Sunyatsen richtete vorgestern an die Nationalversammlung eine Botschaft, in der er seinen Rücktritt von der provisorischen Regierung anheimstellt. Der Rücktritt soll nach der Wahl des neuen Präsidenten durch die Versammlung und nach der Ankunft des neuen Präsidenten in Nanjing erfolgen. Eine weitere Bedingung lautet, daß Nanjing die Hauptstadt bleiben soll. Eine andere Botschaft empfiehlt die Wahl von Yuanzhikai zum Präsidenten, da er sich für die Republik erklärt habe.

Berlin, 15. Febr. (Reichstag.) Präsident Kämpff eröffnet die Sitzung 1.17 Uhr und gibt bekannt, daß der Abg. Dr. Beder aus dem Wahlkreise Siegen sein Mandat niedergelegt habe. Das Haus stimmte sodann einem sozialdemokratischen Antrage auf Einstellung eines schwebenden Strafverfahrens gegen den Abg. Giebel zu. Darauf wird in der Staatsberatung fortgefahren.

Berlin, 15. Febr. Das Zentrum hat den Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes im Reichstag wieder eingebracht. — Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat beschlossen, den Antrag einzubringen auf Aufhebung der Salz-, Rindholz- und Leuchtstoffsteuer, dafür Einführung einer Reichseinkommensteuer ab 6000 M. und Einführung einer Besteuerung der Nachlässe von 20 000 M. ab.

Berlin, 15. Febr. Am dem gestern abend zu Ehren des bisherigen Vorsitzenden und nunmehrigen bayerischen Ministerpräsidenten Febr. von Hertling veranstalteten Abschiedessen nahm die gesamte Zentrumsfraktion des Reichstages teil. Abgeordneter Schädel sprach namens der Fraktion des Reichstages, der Vorsitzende der preussischen Zentrumsfraktion Dr. Vorich namens dieser und Abg. Herold für den Münchener Wahlkreis, den der nunmehrige Ministerpräsident bisher vertreten hatte.

Paris, 15. Febr. Aus Marseille wird gemeldet: Der Generalrat des Departements der Rhone-Mündung nahm zwei von den sozialistischen Mitgliedern eingebrachte Beschlüsse an, in denen eine allgemeine Amnestie für alle Freiheitskämpfer, die Aufhebung aller die freie Meinungsäußerung einschränkenden Gesetze und die Freilassung des angeblich ungerecht verurteilten Militärsträflings Rouffet gefordert wird. Der Präsekt erhob gegen diesen Beschlüsse Einspruch und entfernte sich vor der Schlußabstimmung.

Paris, 15. Febr. Der kürzlich abgesetzte Postamtsleiter Demange weigerte sich, seinem Nachfolger Rechnung zu legen und als dieser zur Regelung der Angelegenheit, von dem Schiedsrichter begleitet, im Postamt erschien, feuerte Demange auf den Richter einen Revolverbeschuß ab, der jedoch sein Ziel verfehlte. Demange jagte sich hierauf eine Kugel in den Kopf und verletzte sich tödlich.

London, 14. Febr. Im Oberhause kam heute Lord Lansdowne auf den Besuch des Kriegsministers Haldane in Berlin zu sprechen. Der Earl of Crewe sagte: Der Regierung schiene es wünschenswert, angesichts der Vertraulichkeit Haldanes mit Deutschland, daß zwischen ihm und den Vertretern der deutschen Regierung Besprechungen stattfänden. Haldane hatte eine Anzahl solcher Besprechungen mit hervorragenden Mitgliedern der deutschen Regierung, von dem Wunsche befehle, alle möglichen Mißverständnisse zu beseitigen. Am wichtigsten war der Geist der Offenheit, der auf beiden Seiten zutage trat und ebenso die offene Anerkennung der Ansprüche auf die Plätze in der Welt, die England und Deutschland innehaben. Ich darf wohl sagen, daß der Besuch Haldanes in Berlin Gutes erreicht hat und daß auch weiterhin Gutes daraus erfließen wird, für die Herstellung der Beziehungen der Freundschaft und der Offenheit zwischen der deutschen Regierung und uns.

Verschiedenes.

Berlin, 14. Febr. Über die Ermordung des Deutschen Angermann wird aus Mexiko auf Grund der bisherigen amtlichen Ermittlungen folgendes gemeldet: Angermann war bewaffnet in das Haus des Dieners Hernandez gegangen, um es nach angeblich gestohlenem Gummi zu durchsuchen. Anscheinend ist er beim Durchsuchen des Bettes von Hernandez durch Messerstiche getötet worden. Der Mörder wird verfolgt.

Vena, 14. Febr. Unter der Beschuldigung, in die Wilhelmshavener Spionageangelegenheit verwickelt zu sein, wurde gestern ein bei der Firma Karl Zeiß beschäftigter Mechaniker namens Gauß, wie es heißt, ein Bruder des kürzlich von England ausgelieferten Wilhelmshavener Schutzmanns, verhaftet und dem Amtsgericht zugeführt.

Wiesbaden, 15. Febr. Die Inhaber der Seifellereien Henkel Troden haben dem Deutschen Kaiser zwecks Beschaffung weiterer Flugzeuge für das Heer 100 000 M. zur Verfügung gestellt.

Paris, 14. Febr. Nach einer Cherbourger Depesche des Marineministeriums stießen in vergangener Nacht während einer Übung das Torpedoboot 315 und der Torpedobootzerstörer „Durandal“ mit Torpedobooten zusammen und erlitten eine schwere Gavarie. Sie konnten jedoch in den Hafen zurückkehren. Verunglückt ist niemand.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydro, vom 15. Februar 1912.

Die Luftdruckverteilung hat sich seit gestern ziemlich erheblich geändert. Das Tiefminimum über dem Kanal ist verschwunden und über dem westlichen Mitteleuropa ist, wohl aber nur vorübergehend, ein Hochdruckgebiet erschienen; das östliche hat abgenommen und hat sich nach dem Innern Russlands zurückgezogen. Die Depression über Unteritalien besteht fort und im Westen der Britischen Inseln ist eine Depression erschienen. Das Wetter ist in Deutschland trüb geblieben, doch ist es vorwiegend trocken und von den Küstengebieten und vom Nordosten abgesehen, frostfrei. Da das Ortsbarometer steigt, so scheint der hohe Druck über uns hinweg nach Osten zu wandern, später wird sich wohl die Depression geltend machen, es ist deshalb nach vorübergehendem Aufklaren trübes, mildes und regnerisches Wetter zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 15. Februar, früh.

Lugano halbbedeckt 4 Grad, Biarritz bedeckt 11 Grad, Triest wolkig 6 Grad, Florenz bedeckt 7 Grad, Rom wolkig 7 Grad, Cagliari bedeckt 10 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Februar	Barom. mm	Therm. in C.	Abol. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in Proz.	Wind	Himmel
14. Nachts 9 ⁰⁰ U.	751.0	5.9	5.8	84	W	h. bedeckt
15. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	753.8	3.6	5.2	88	Still	Nebel
15. Mittags. 2 ⁰⁰ U.	755.6	8.3	5.6	69	SW	bedeckt

Höchste Temperatur am 14. Februar: 9.1; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 2.6. Niederschlagsmenge, gemessen am 15. Februar, 7⁰⁰ früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 15. Februar, früh: Schusterinsel 1.20 m, Stillstand; Rehl 2.12 m, gefallen 7 cm; Maxau 3.75 m, gefallen 3 cm; Mannheim 3.07 m, gefallen 5 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Sind Sie müde?

elend, matt, nervös, dann BIOSON dem machen Sie einen Versuch mit besten und billigsten Nahrungsmittel. Es schmeckt gut und eine Tasse (20 gr) kostet nur ca. 12 Pf. Gehält. das Paket ca. 1/2, also 3 M. in Apotheken, Drogerien usw.



B.207

Als „echte“ Fabrikate

bezeichnen die Hausfrauen diejenigen, die ihnen schon von Mutters und Grossmutter's Zeiten als besonders gut und zuverlässig bekannt sind. Wenn sie von „echtem Backpulver“, „echtem Puddingpulver“ und „echtem Vanillin-Zucker“ sprechen, so meinen sie damit

Dr. Oetker's Backpulver
Dr. Oetker's Puddingpulver
Dr. Oetker's Vanillinzucker

1 Päckchen 10 Pfg. 3 Stück 25 Pfg. B.931

Überall zu haben!

Nachahmungen weisen man zurück.

Maskenkostüme



für **Damen** und **Herren** empfiehlt zu leihweiser Benutzung in anerkannter Sauberkeit wie origineller und größter Auswahl
Schweizer Costumes- und Fahnen-Fabrik
J. Louis Kaiser
 Basel (Schweiz), Leopoldshöhe (Baden)
 Telegramm-Adresse: Costumkaiser Basel.
Verleih-Institut Kunstgewerbliche Anstalt
 Billige und prompte Bedienung bei größter Leistungsfähigkeit
 Großartige und sensationelle B.986
Saison-Neuheiten
 Masken, Zubehörteile, Stoffe, Lederzeuge, Waffen etc.
 Verlangen Sie gefl. Kataloge, Vorlagen und Kostenvorschläge.

J. L. Distelhorst
 Hofmöbelfabrik
 Karlsruhe: Waldstrasse 30/32
 Pforzheim: Westl. 65
 C.125

20% Rabatt
 auf
 sämtl. Warenbestände
 Ca. 100 Zimmereinrichtungen vorrätig.

Handels-Hochschule Mannheim.

Lehrfächer: Handelswissenschaften, Volkswirtschaftslehre, Versicherungswesen, Rechtswissenschaft, Sprachwissenschaft, Naturwissenschaften, Wirtschaftsgeographie, Technik und Warenkunde, Allgemeine wissenschaftliche Ausbildung, Gewerbliche Einzelvorträge.
Das Vorlesungsverzeichnis für das Sommersemester 1912 ist erschienen und kann unentgeltlich vom Sekretariat bezogen werden. Dieses erteilt auch **Auskunft auf Anfragen.**
Beginn des Sommersemesters: 22. April 1912.
Anmeldungen sind an das Sekretariat der Handels-Hochschule zu Mannheim oder an die akademische Quästur der Universität Heidelberg zu richten. C.156

Großh. Technische Hochschule Karlsruhe in Baden.

Abteilung für Mathematik und allgemein bildende Fächer, für Architektur, Ingenieurwesen, Maschinenwesen, Elektrotechnik, Chemie und Forstwesen. Besondere Institute und große neue Laboratorien für Maschinenwesen, Elektrotechnik, Chemie und Elektrochemie. Beginn der Einschreibungen für das Sommersemester: 16. April 1912; Beginn der Vorlesungen: 22. April. Aufnahmebedingungen gratis. Ausführliches Programm gegen Einsendung von 60 Pfg., Ausland 75 Pfg., vom Sekretariat erhältlich. C.135
Der Rektor: Benoit.

Lichtpauspapier pos. u. neg. nur selbst-erprobte Qualitäten, offeriert sehr billig
S. Thoma Nachf., Elektr. Lichtpausanstalt
 Karlsruhe, Kaiserallee 29.

Keine Rauchbelästigung, beste Ausnutzung des Brennmaterials
 durch
Schofers neuer Verbund-, Rauch- und Lüftungskamin
 epodermachende Heizung.
 Vorteile: Kostenlos, natürl., fortwährend Raumluftung; kein Rauch; leichter und rascher Einbau; unbedingte Feuerherkeit; unerreichte Festigkeit.
 Illustrierte Kataloge u. Kostenvoranschläge gratis.
Gebr. Vetter, A.-G., Ziegelwerke in Pforzheim und Mühlacker.
 Briefadresse: A199, 28.1
 Gebr. Vetter, A.-G., Pforzheim.

Rotino

holländischer Biscuit
 zum Frühstück mit Butter, Käse und Konfituren,
 zum Nachtisch mit Käse oder Früchten,
 beim Abendessen mit Käse und Schwarzbrot,
 zum Tee, Kaffee, Kakao und Fleischbrühe,
 in Milch getaucht als nahrhaftes und leicht verdauliches Nahrungsmittel für schwächliche Personen und Kinder. C.80
 Erhältlich i. Dosen zu 25 St. 75 Pfg.
Holl. Honigkuchen, eine Schmitte davon mit Butter bestrichen oder auf Butterbrot gelegt, schmeckt vortreflich.
 Das große Paket kostet **Wf. 1.-** bei
Viktor Merkle, Karlsruhe
 Kaiserstr. 160, Telefon 175.

Patente Anmeldung, Verwertung
 Ingenieurbüro I. Int. Patentsachen
 Willinger, Friedrichstr. 18, Teleph. 159.

Verlag der G. Braunschen Hofbuchdruckerei, Karlsruhe (Baden) 24.

Die **Gemeinschaftlichkeit der konstruktiven Jurisprudenz**
 Eine wissenschaftliche Streitschrift von Rechtsanwält **Ernst Fuchs** Karlsruhe
 Preis geheftet Mark 3.60.
 Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag.

Colosseum

Waldstrasse 16/18 Direktion: **Gust. Klefer, Telefon 1938**
 Ab Freitag den 16. Februar 1912:
Gastspiel des großen oberbayr. Bauerntheaters. Dir.: M. Dengg,
 Spielplan für die Zeit v. 16.—19. Februar: Freitag, 16. Febr. zum erstenmal: „Der heilige Rat“, Komödie a. d. Volksleben in 3 Akt., von Dr. Ludwig Ganghofer. Samstag den 17. zum erstenmal wiederholt: „Der heilige Rat“, Sonntag den 18. Februar: nachmittags 4 Uhr: „Bauernmoral“, Bauernposse mit Tanz in 3 Akten, von Jakob Kirchner-Lang. Abends 8 Uhr: „Der heilige Rat“, Montag den 19. Februar: auf vielseitigen Wunsch „Thoma-Abend“, Medaille und 1. Klasse. Weiterer Spielplan folgt Montag den 19. Februar 1912.
 Die Colosseum-Kasse ist täglich vormittags von 11—12^{1/2} Uhr geöffnet. C.155

Holländische Angelfisch, Kabeljau, C.153
 „Geezungen, Steinbutt usw. usw.“
 in bekannt feinsten Qualität heute eintreffend
Herm. Munding
 Hoflieferant Kaiserstraße 110.

Wie neu Herren-Anzug.

wird jeder bei mir gewaschen und gebügelt
Herren-Anzug.
 Preis für den ganzen Anzug Wf. 2.50
 „ die Jacke Wf. 1.20
 „ „ „ Hose Wf. .90
 „ „ „ Weste Wf. .40
 „ den Mantel Wf. 2.80
 Sportjaden Wf. .80 bis 1.-
 Sportmützen Wf. .50
 Die Sachen werden unentgeltlich abgeholt und wieder zugestellt.

Dampf-Waschanstalt August Pfütznier
 Karlsruhe-Rippurr, Langestr. 2, Telefon 1447.
Filialen
 Karlsruhe: Karlstraße 27.
 Schützenstraße 48.
 Zähringerstraße 53.
 Rudolfstraße 31.
 Purlach: Hauptstraße 46. C.154

Bekanntmachung.

Zu den Schuldverschreibungen des Badischen 3 1/2prozentigen Eisenbahnlehens von 1902 werden für die Zeit vom 1. April 1912 bis dahin 1922 weitere Zinscheine nebst Zinscheinanweisungen ausgefolgt.
 Die Besitzer der Schuldverschreibungen können die neuen Zinscheine gegen Rückgabe der mit der ersten Zinscheinreihe ausgegebenen Zinscheinanweisungen vom 1. März 1912 ab sowohl unmittelbar bei unterzeichneter Stelle, als auch durch Vermittelung der Großherzoglichen Hauptzoll- und Hauptsteuerämter, Finanz-, Domänen- und Salinenämter, ferner in Berlin bei der Direktion der Diskontogesellschaft und der Deutschen Bank, in Frankfurt a. M. bei der Direktion der Diskontogesellschaft und der Deutschen Bank Filiale Frankfurt beziehen. Zu diesem Zweck sind Verzeichnisse der nach Buchstaben und Nummern geordneten Zinscheinanweisungen einzureichen. Bei unserer Verwaltung werden die Zinscheinebogen während der üblichen Geschäftsstunden sofort nach Einlieferung der Zinscheinanweisungen ausgegeben. Wird die Vermittelung der oben genannten Bezirksfinanzstellen und Banken in Anspruch genommen, so werden diese über die bei ihnen eingereichten Zinscheinanweisungen dem Überbringer Quittung ausstellen und die neuen Zinscheinebogen langens nach Umlauf eines Monats gegen die mit Empfangsbescheinigung zu versehenen Quittungen verabsolgen.
 Einlieferungen durch die Post haben portofrei zu geschehen; die Rücksendung erfolgt in diesem Fall auf Kosten des Ein-senders und zwar unter Wertangabe von 600 M., sofern nicht ausdrücklich eine andere Wertangabe gewünscht wird.
 Sollte eine Zinscheinanweisung abhanden gekommen sein, so ist alsbald der unterzeichneten Stelle die betreffende Schuldverschreibung vorzulegen, worauf diese mit dem neuen Zinscheinebogen versehen zurückgegeben werden wird. L.942
 Karlsruhe, den 15. Februar 1912.
 Großherzoglich Badische Staatsschuldenverwaltung.

Oberhof

im Thür. Wald, 825 m ü. M. Bedeutsamer Winter-sportplatz Mittel- u. Norddeutschlands. Große internationale Wintersportfeste u. -Preisspiele. Erstklassige Unter-kunftsverhältnisse. Prosp. d. die Kurverwaltung. B.646

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag in Karlsruhe
 In Kürze erscheint:
Die Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung Reichsversicherungsordnung
 vom 19. Juli 1911.
 (Viertes Buch nebst den „gemeinsamen Vorschriften“ — Buch I — und den einschlägigen Bestimmungen der übrigen Bücher der Reichsversicherungsordnung)
 mit den
 Vollzugs- u. Ausführungsbestimmungen für das Großherzogtum Baden
 nebst Zufügen und Verweisungen
 von Oberrechnungsrat **Emil Muser,** Reichsversicherungsamt beim Großh. Bad. Ministerium des Innern
 Preis geb. ca. Wf. 4.50.
 Dies ist der I. Band der bei uns erscheinenden Ausgaben der neuen Reichsversicherungsgeetze mit den badischen Ausführungsgeetzen. Es werden folgen Band II: Krankenversicherung, bearbeitet von Oberrechnungsrat Muser, und Band III: Unfallversicherung, bearbeitet von Oberamtmann Dr. Kise. V.37
 Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag